Stand: 11.11.2025 11:37:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/1229

"Regionalität im Bereich der öffentlichen Beschaffung"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/1229 vom 28.03.2014
- 2. Mitteilung 17/1690 vom 10.04.2014



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

28.03.2014 Drucksache 17/1229

Antrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer FREIE WÄHLER

Regionalität im Bereich der öffentlichen Beschaffung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über rechtlich mögliche, bereits getroffene und noch geplante Maßnahmen bei der öffentlichen Beschaffung zur stärkeren Berücksichtigung der regionalen Wirtschaft im Freistaat Bayern zu berichten.

Begründung:

Aufgrund der Bedeutung der Staatsregierung als Großverbraucher kommt ihr im Rahmen der öffentlichen Beschaffung eine besondere Rolle mit Blick auf die regionale Wirtschaft zu. Sie muss ihre politischen Steuerungspotenziale in diesem Bereich deshalb auch dafür nutzen, regional hergestellte Produkte zu unterstützen und damit gleichzeitig Vorbild für nachgeordnete Einrichtungen, für die Wirtschaft und für Verbraucherinnen und Verbraucher zu sein. Inwieweit das Vergaberecht Möglichkeiten zulässt, um entsprechende Kriterien für eine stärkere Beschaffung regional hergestellter Produkte zu verankern und inwieweit die Staatsregierung bereits diesbezügliche Maßnahmen ergriffen hat, soll mit diesem Antrag geklärt werden.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

10.04.2014 Drucksache 17/1690

Mitteilung

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. FREIE WÄHLER

Drs. 17/1229

Regionalität im Bereich der öffentlichen Beschaffung

Der Antrag mit der Drucksachennummer 17/1229 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt